

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe (17. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Gyde Jensen, Alexander Graf Lambsdorff, Peter Heidt, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 19/26535 –

Den steigenden Repressionen in Hongkong entgegentreten – Den deutschen und europäischen Einsatz für die Menschenrechte erhöhen

A. Problem

Aus Sicht der Antragssteller haben Repressalien gegenüber der Demokratiebewegung infolge der Verabschiedung des „Sicherheitsgesetzes“ in Hongkong drastisch zugenommen. Vertreter der Opposition seien weitreichenden Menschenrechtsverletzungen wie willkürlichen Inhaftierungen sowie Missbräuchen der Versammlungs-, Vereinigungs- und Meinungsfreiheit ausgesetzt. Dagegen sei mit der Globalen Sanktionsregelung der Europäischen Union im Bereich der Menschenrechte (EUGHRSR), dem europäischen Instrument, Menschenrechtsverstöße zu ahnden, vorzugehen. Außerdem sei eine langfristige wirtschaftliche Beziehung der EU mit China an die Einhaltung menschenrechtlicher Prinzipien zu knüpfen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 19/26535 abzulehnen.

Berlin, den 3. März 2021

Der Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe

Gyde Jensen
Vorsitzende und Berichterstatterin

Martin Patzelt
Berichterstatter

Frank Schwabe
Berichterstatter

Jürgen Braun
Berichterstatter

Michel Brandt
Berichterstatter

Margarete Bause
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Martin Patzelt, Frank Schwabe, Jürgen Braun, Gyde Jensen, Michel Brandt und Margarete Bause

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf Drucksache **19/26535** in seiner 209. Sitzung am 11. Februar 2021 in erster Lesung beraten und zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe überwiesen. Außerdem hat er ihn zur Mitberatung an den Auswärtigen Ausschuss, den Ausschuss für Inneres und Heimat sowie den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Antragssteller stellen fest, dass das im Juni 2020 in der Sonderverwaltungszone Hongkong verabschiedete „Sicherheitsgesetz“ aufgrund seines weiten Anwendungsbereiches und dem zunehmenden Einfluss Pekings eine beispiellose Gefahr für die Demokratie, die Menschenrechte und die Rechtsstaatlichkeit darstelle. Die schlimmsten Befürchtungen hätten sich mittlerweile bewahrheitet. Infolge des Gesetzes hätten die Repressalien des chinesischen Präsidenten Xi Jinping und der Kommunistischen Partei gegen die Hongkonger Demokratiebewegung in den vergangenen Monaten drastisch zugenommen. Vor allem werde das Sicherheitsgesetz zur Legitimation der Festnahme von Oppositionsvertretern, die ihr Recht auf Meinungsfreiheit und politische Teilhabe friedlich ausübten, herangezogen. So seien bereits mehr als 100 Menschen festgenommen worden. Darüber hinaus drohten bereits verurteilten Aktivisten wie Joshua Wong weitere Klagen und langjährige Haftstrafen. Von den Einschränkungen der Freiheitsrechte seien auch Grundrechte im digitalen Raum betroffen, wie die Blockade der ersten pro-demokratische Webseite am 10. Januar 2021 zeige. Die Antragssteller fordern die Bundesregierung auf, die jüngsten Verhaftungen, die zunehmenden Repressionen und die massiven Menschenrechtsverletzungen auf diplomatischer und europäischer Ebene ausdrücklich zu verurteilen. Sowohl in bi- als auch in multilateralen Gesprächen müsse sie sich nachdrücklich für die Einhaltung völkerrechtlich garantierter Menschen- und Bürgerrechte einsetzen und die Freilassung der politisch Inhaftierten fordern. Auf europäischer Ebene und gegenüber europäischen Partnern solle sich die Bundesregierung außerdem mit Nachdruck für die Verhängung von personenbezogenen Sanktionen im Rahmen der neu geschaffenen Sanktionsmechanismus gegenüber führenden Parteifunktionären der Kommunistischen Partei Chinas einsetzen, die für schwere Menschenrechtsverletzungen in Hongkong verantwortlich seien. Ebenso solle eine Abstimmung mit den Regierungen der USA, Großbritanniens, Kanadas, Australiens und Neuseelands erfolgen, um den Repressionen in Hongkong zu begegnen und einen europäisch-amerikanischen Strategiedialog auf Ministerebene einzurichten. Vor dem Hintergrund der aktuellen Ereignisse seien die bürokratischen Hürden bei Einreise- und Aufenthaltsbewilligungen für Hongkong-Chinesen abzubauen. Als größte Volkswirtschaft in der EU und als wichtigster bilateraler Handelspartner Chinas auf der Ebene der EU sei Deutschland in der Pflicht, eine Nachverhandlung des Investitionsabkommens mit der Volksrepublik China zu verlangen, damit die menschenrechtlichen Bedenken und der Anspruch einer wertegeleiteten EU-Außenpolitik in Form einer Menschenrechtsklausel oder konkreter, überprüfbarer Zielvorgaben zur Umsetzung menschenrechtlicher Standards in den Vertrag aufgenommen würden.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Auswärtige Ausschuss** hat in seiner 75. Sitzung am 3. März 2021 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen AfD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beschlossen zu empfehlen, den Antrag auf Drucksache 19/26535 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Inneres und Heimat** hat in seiner 125. Sitzung am 3. März 2021 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen AfD und DIE LINKE. beschlossen zu empfehlen, den Antrag auf Drucksache 19/26535 abzulehnen.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat in seiner 86. Sitzung am 3. März 2021 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD beschlossen zu empfehlen, den Antrag auf Drucksache 19/26535 abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe hat in seiner 73. Sitzung am 3. März 2021 die Beratung über den Antrag auf Drucksache 19/26535 aufgenommen und abgeschlossen. Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD den Antrag auf Drucksache 19/26535 abzulehnen.

Die **Fraktion der CDU/CSU** begrüßte den Antrag grundsätzlich. Sie stimme zu, dass die bereits eingeleiteten Maßnahmen nicht ausreichen. Allerdings wolle sie sich von dem aus der Formulierung des Antrages abzuleitenden Eindruck distanzieren, es seien insgesamt noch keine Maßnahmen ergriffen worden. Sie lehne den Antrag ab.

Die **Fraktion der SPD** stellte fest, dass die Politik der Einschüchterung und der Unterdrückung fruchte und sowohl die Berichterstattung als auch die Massendemonstrationen nachgelassen hätten. Um gegen die Unterdrückung vorzugehen, solle der EU-Sanktionsmechanismus gegen diejenigen Personen eingesetzt werden, die diese betrieben. Hinsichtlich des Investitionsabkommens solle das EU-Parlament ermuntert werden zu ermitteln, welche Modifizierungen mit Blick auf Menschenrechte vorgenommen werden könnten.

Die **Fraktion der AfD** stimmte dem Anliegen des Antrags im Grundsatz zu. Allerdings sei zu bemängeln, dass der Antrag nicht aufzeige, dass China das völkerrechtliche Abkommen, das den Status Hongkongs regelt, verletzt habe und somit gegen Völkerrecht verstoße. Zudem sei zu beachten, dass Deutschland mit den geforderten Sanktionen mehr geschadet werde als China.

Die **Fraktion der FDP** forderte mit Blick auf die Repressionen, von dem seit Ende 2020 zur Verfügung stehenden europäischen Sanktionsmechanismus Gebrauch zu machen. Auch das Investitionsabkommen müsse im Hinblick auf grundlegende Menschenrechts- und Arbeitsschutzstandards angepasst werden. Obwohl es laut Außenminister Heiko Maas eine Willkommensstrategie für Menschen aus Hongkong gebe, sei in den letzten fünf Jahren lediglich eine einstellige Zahl an Einwohnerinnen oder Einwohnern aus Hongkong in Deutschland aufgenommen worden. Die Strategie müsse wesentlich ambitionierter umgesetzt werden.

Die **Fraktion DIE LINKE.** kritisierte, dass das scharfe Vorgehen gegen Aktivistinnen und Aktivisten, die Beschneidung der Meinungs- und Pressefreiheit und weitere Menschenrechtsverletzungen in Hongkong nicht zu rechtfertigen seien und verurteilt werden müssten. Die Forderung der Fraktion der FDP, sich gegenüber der chinesischen Regierung auf allen Ebenen für die Einhaltung der Menschenrechte einzusetzen, sei ein richtiger Ansatz. Allerdings könne man den Einsatz des individuellen Sanktionsmechanismus nicht unterstützen, nicht zuletzt wegen fehlender Transparenz und fehlender rechtsstaatlicher Prinzipien. Auch die geforderte enge Abstimmung, ausschließlich mit sogenannten Wertepartnern, wie Großbritannien, Kanada, Australien und Neuseeland sei nicht nachvollziehbar. Den Antrag der FDP lehne man deshalb ab.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** merkte an, dass mit dem Inkrafttreten des Sicherheitsgesetzes eine systematische Zerstörung der Freiheitsrechte einhergehe. Anlässlich der noch ausstehenden Ratifizierung des Investitionsabkommens durch die EU-Mitgliedstaaten stehe die Bundesregierung in der Pflicht, dieses kritisch zu hinterfragen. Der Hebel, der mit dem Abkommen zur Verfügung stehe, und der EU-Sanktionsmechanismus müssten gezielt eingesetzt werden. Zudem solle der Bundestag eine gemeinsame Erklärung zu dem Thema abgeben.

Berlin, den 3. März 2021

Martin Patzelt
Berichtersteller

Frank Schwabe
Berichtersteller

Jürgen Braun
Berichtersteller

Gyde Jensen
Berichterstellerin

Michel Brandt
Berichtersteller

Margarete Bause
Berichterstellerin